

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Traktanten: Tagesblatt Riesner, General Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptpostamts Reichen.

Postfachkonto: Dresden 1550, Poststraße Nr. 52.

Nr. 18.

Freitag, 22. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgang der Zeilen in Postzug gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Rechtliche Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Kasse“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesner.

## Bleiber außenpolitische Aktivität.

Der Zustand des Abwartens und der gehemmten Aktionsfähigkeit kann nunmehr für die deutsche auswärtige Politik als überwunden angesehen werden, nachdem Deutschland wieder über eine arbeitsfähige Regierung verfügt, und nachdem wieder eine Front derjenigen Parteien gebildet ist, die es der früheren Regierung bisher ermdacht hatte, die Verträge von Locarno zum Abschluss zu bringen. Schon jetzt werden von den verschiedensten Seiten der interessierten Mächte Forderungen gestellt, um mit dem neuen deutschen Reichskabinett zu diplomatischen Verhandlungen über die noch zu klärenden Fragen zu gelangen. In diesem Zusammenhang ist es außerordentlich interessant, daß von französischer Seite die Meinung verbreitet wird, daß der französische Ministerpräsident Briand erwarten für die nächste Zeit den Besuch des deutschen Außenministers Dr. Stresemann, der noch immer an der Absicht festhalte, nach Paris zu fahren, um dort über die Rückwirkungen der Locarno-Verträge zu verhandeln. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, trifft diese französische Meinung insofern zu, als der Plan Dr. Stresemanns, eine Begannung mit Briand herbeizuführen, tatsächlich noch immer besteht und daß er voraussichtlich in absehbarer Zeit zur Ausführung gelangen wird. Unseres Wissens nach ist gegenwärtig zurzeit noch keinerlei Vereinbarungen zwischen Dr. Stresemann und Briand über den Zeitpunkt der Begannung vor, aber man darf annehmen, daß die beiden Staatsmänner, sobald sie nach Erledigung ihrer dringlichen Aufgaben eine kleine Ruhepause gewonnen haben, eine entsprechende Beratung treffen werden.

Zwischen Deutschland und Frankreich schweben noch immer eine Reihe wichtiger Fragen, die im Interesse der Entspannung der beiderseitigen Beziehungen möglichst rasch geklärt werden müssen. Es handelt sich dabei um wirtschaftliche und politische Angelegenheiten, von deren Lösung es abhängen wird, ob der Vertrag von Locarno für beide Länder den Wert erlangen wird, den man im Interesse einer Beruhigung der außenpolitischen Verhältnisse gern erwarfen hätte.

Die französische Regierung scheint sich jedoch neuerdings darauf einzusetzen, eine völlig abwegige Politik gegenüber Deutschland zu betreiben. Dies tritt augenscheinlich bei der Behandlung der Frage der Verabminderung der Truppenstärke hervor, bei der die französische Politik das Bestreben verfolgt, noch weitergehende Garantien von Deutschland zu verlangen. Das alliierte Militärkomitee, das in diesem Falle einen sehr starken Einfluss auf die Entscheidungen der Pariser Regierung ausübt, fordert nämlich die Erleichterung eines neuen Kontrollsystems, das an die Stelle der internationalen Militärkontrollorgane treten soll, deren Tätigkeit mit der vollständigen Entwaffnung Deutschlands ein Ende erreicht hat. Diese Forderungen widersprechen nicht nur dem Geiste der Abmachungen von Locarno, sondern sie bedeuten auch im höchsten Grade eine Deflagration des Grundgesetzes, daß Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund endlich ein Anrecht auf die Gleichberechtigung innerhalb der europäischen Großmächte für sich in Anspruch nehmen darf.

Ueber die Völkerbundfrage wird in den nächsten Tagen noch sehr viel gesprochen werden müssen, da nunmehr der entscheidende Moment herannäht, wo die Frage der Stellung eines deutschen Zulassungsgesuches endgültig geregelt werden soll. Die alliierten Regierungen hätten daher allen Anlaß, die Position der deutschen Regierung nicht zu erschweren, zumal die hinter der Regierung stehenden Reichsparteien nicht ohne weiteres bereit sein werden, den Eintritt in den Völkerbund zu vollziehen, ohne daß diejenigen Fragen geklärt sind, die zu den Rückwirkungen des Vertrages von Locarno gehören. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, daß Außenminister Dr. Stresemann in einem solchen Augenblick ein dringendes Interesse daran hat, eine persönliche Aussprache mit Briand herbeizuführen. Allerdings kann eine solche Zusammenkunft nur dann in Frage kommen, wenn die politische Atmosphäre dazu geeignet ist und wenn die Gegenparteien sich bemühen, alles zu unterlassen, was etwa zu einer weiteren Verschärfung der noch bestehenden Gegensätze führen könnte.

## Die Fühlungnahme mit der Opposition.

zu. Berlin. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, werden die Führer der neuen Regierungskoalition nunmehr mit den Oppositionsparteien von rechts und links, den Deutschnationalen und der Sozialdemokratie in Verhandlungen eintreten, um deren sachliche Mitarbeit an der Lösung der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung zu sichern. Die Deutsche Volkspartei ist deshalb mit den maßgebenden Kreisen der Deutschnationalen in Bepflichtungen eingetreten, während die Demokraten mit der Sozialdemokratie in Verbindung getreten sind. Es hat den Anschein, daß man dabei vorläufig zu einer gewissen Stabilisierung der parlamentarischen Situation kommen wird. Die Deutschnationalen sollen entschieden geneigt sein, der Regierung Luther keine übertriebenen Schwierigkeiten zu machen, sondern sie sollen durchaus bereit sein, ihre Stellungnahme von den Taten des Kabinetts abhängig zu machen. Allerdings glauben die Deutschnationalen nicht in der Lage zu sein, die von dem demokratischen Innenminister Kälig geleitete Innenpolitik unterstützen zu können. Auch die Haltung der Sozialdemokraten wird durch eine Reihe von Bedingungen und Voraussetzungen stark eingeschränkt, so daß die neue Regierung vorläufig nicht mit einer positiven Regierungsmehrheit rechnen kann, sondern wirklich auf die Neutralität der großen Oppositionsparteien angewiesen ist.

## Statsrede des sächsischen Finanzministers.

### Sächsischer Landtag.

Dresden. In der gestrigen Vollversammlung des Landtages nahm der vollbesetzte Saal und überfüllte Tribünen Finanzminister Dr. Reinhold

seine letzte Amtshandlung als sächsischer Finanzminister vor, indem er mit einer großen Rede den Tisch einbrachte. Er versicherte eingangs, daß er auch in seiner neuen Stellung als Reichsfinanzminister dem sächsischen Volke und dem sächsischen Lande stets das größte Interesse und die alte Anhänglichkeit bewahren werde.

Er kam dann auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten zwei Jahre zu sprechen und führte zur Kreditkrise der Industrie aus: Der Hauptgrund der Geldkrise, die in Deutschland in den letzten Wochen zu einer Art Vertrauenskrise ausartete, von der im übrigen aber nicht nur Deutschland, sondern fast alle europäischen Staaten betroffen sind, liegt in der ungewöhnlich starken Verarmung unseres Volkes und unserer Wirtschaft durch die Zerschörung lebender und toter Werte in den Kriegsjahren, wozu für Deutschland noch die Verluste des verlorenen Krieges und die Wirren der Revolution hinzugekommen sind. Auch dort, wo die Unternehmer der Forderung einer industriellen Expansionspolitik nicht erliegen sind, sondern ihr Pulver für ihre eigenen Werke trocken gehalten haben, zeigen sich die schweren Folgen mangelnder Betriebsmittel von Monat zu Monat deutlicher. Es muß zugunsten werden, daß die starken Steuererhöhungen im Reich, Ländern und Gemeinden zur Verschärfung der Krise wesentlich beigetragen haben.

Daß in einer Zeit, wo die Erhaltung einer gewissen Währung die vornehmste Aufgabe der Regierung war, hinter der alles zurücktreten mußte, eine Steuerpolitik berechtigt und nötig war, die zur Erreichung des Zweckes der Wahrungserhaltung die schwersten Opfer von allen Kreisen forderte, wird niemand verkennen. Aber daß, nachdem die öffentlichen Kassen aufgeföhrt waren und die Währung nicht mehr gesichert war, die zu starken Steuererhöhungen zum Teil weiter geführt wurden, rächt sich schwer. Es muß deshalb unbedingt auf dem Wege, den Sachsen mit der Senkung der Realsteuern und das Reich mit der Senkung der Umsatzsteuern begonnen haben, fortgeführt werden. Der alte Satz, daß nur eine gesunde Wirtschaft auf die Dauer eine gute Finanzpolitik ermöglicht, ist von neuem bewiesen. Die privaten Banken verfügen heute nur noch über Bruchteile ihrer früheren Kapitalien. Die Reichsbank hat sich aus währungsrechtlichen Gründen genötigt gesehen, zu Kreditrestriktionen zu schreiten, die zweifellos genau so nötig gewesen sind, wie das scharfe Ansehen der Steuerstrafe nach Beendigung der Inflation.

Der Minister kam dann im einzelnen auf den sächsischen Staat zu sprechen und betonte, daß bei der schwierigen Lage der deutschen Wirtschaft auch die Lage der sächsischen Finanzen außerordentlich ernst sei. Zur Frage der Aufwertung der Staatsanleihen bewertete der Minister, daß diese Angelegenheit für Sachsen so gut wie keine Bedeutung habe, nachdem die sächsischen Schulden fast reiflos am 1. April 1920 beim Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich mit auf das Reich übergegangen seien.

Die noch bestehenden Schulden des Staates sind durchweg, so erklärte Dr. Reinhold, in der Inflationszeit aufgenommen worden und stellen daher schon bei ihrer Aufnahme nach der Umwertung in Goldmark ganz unerhebliche Beträge dar. Bei der Neuregelung des Finanzangelegnisses zwischen Reich und Ländern ist es insbesondere den Bemühungen der sächsischen Regierung gelungen, eine für Sachsen günstige Abänderung des für die Umsatzsteuern geltenden Verteilungsschlüssels zu erreichen.

Was die Zuschüsse zur produktiven Erwerbslosenfürsorge anlangt, so sind für diese 10 Millionen Reichsmark, d. h. eine Million mehr als im Vorjahr eingesetzt worden. Der Umfang der derzeitigen Erwerbslosigkeit rechtfertigt diese Maßnahme ohne weiteres. Es besteht aber die Befürchtung, daß

## Bereidigung der neuen Minister.

### Erste Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin. Das Reichskabinett trat gestern nachmittags 5,30 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nach Bereidigung der Reichsminister Dr. Kälig, Dr. Curtius und Dr. Reinhold, die bisher noch nicht im Reichsdienst tätig gewesen sind, durch den Reichskanzler gab Außenminister Dr. Stresemann einen Ueberblick über die außenpolitische Lage. Im Anschluß daran wurde über den Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit dem Auslande, insbesondere mit Frankreich, Bericht erstattet.

Die Feststellung der Regierungserklärung ist Gegenstand einer besonderen Sitzung des Reichskabinetts, die in den nächsten Tagen stattfindet.

### Dr. Steiger Ernährungsminister?

Berlin. Als der aussichtsreichste Kandidat für das Reichsernährungsministerium wird neuerdings der jetzt preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger, der dem Zentrum nahesteht, genannt. Aus Zentrumskreisen erfahren wir, daß man mit der Ernennung Dr. Steigers zögert, weil man befürchtet, durch die Herausnahme des Ministers aus dem preussischen Ministerium auch die

mit den eingehaltenen Beträgen den tatsächlichen Verhältnissen nicht Genüge geleistet werden kann.

Zum Schluss führte der Minister wörtlich folgendes aus: Das deutsche Volk hat in seiner Geschichte schon schwerere Zeiten gemeinert als die, die wir jetzt durchleben, und mehr als einmal hat es sich erwiesen, daß die Not die Quelle unserer Kraft, die im Glück zu verfaulen drohte, wieder stark und lebendig machte. Aber wenn aus der Tiefe dieser Quelle jene Kraft kommen soll, die unser Volk einer neuen erleuchteten Zukunft entgegenführt, so bedarf es der Bildung eines einheitlichen Willens, der alle befehlen muß, wenn wir für uns und unsere Kinder das ersehnte Ziel erreichen wollen. So lassen Sie mich, bevor ich mein sächsisches Amt in die Hände des Ministerpräsidenten lege, um dem Hause des Herrn Reichspräsidenten zu folgen, mit dem heißen Wunsch schließen, daß meine engere Heimat in Zukunft verstant bleiben möge von engherziger Interessenspolitik und kleinlichem Parteilichkeit, und daß bei aller Gegenständlichkeit der Meinungen ein Ziel für die Mehrheit unseres Volkes fest und unerschütterlich bleibt: durch Fähigkeit und Arbeit aus der Not und Demütigung dieser Tage heraus den Weg zu Bahnen zu neuem Aufstiege der deutschen Nation.

Die Rede des Finanzministers wurde vom Hause, besonders bei den Mittelparteien, mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Landtagspräsident Winkler dankte dem Minister und beglückwünschte ihn gleichzeitig zu seiner Ernennung zum Reichsfinanzminister. Er knüpfte daran die Bitte, er möge auch in seinem neuen Wirkungskreise seine engere Heimat nicht vergessen. Darauf vertagte das Haus die Besprechung der Regierungserklärung und die Aussprache über den Etat auf nächsten Dienstag. Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung beantragten die Kommunisten, den Antrag auf Auflösung des Landtages auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der Kommunisten und Linksozialisten abgelehnt.

Nach Beendigung der Rede erhob sich

### Landtagspräsident Winkler

zu folgenden Abschiedsworten: Beim Scheiden unseres Herrn Finanzministers ist es mir eine angenehme Pflicht, ihm — und ich glaube dies auch im Sinne des Landtages zu tun — den herzlichsten Dank für seine Arbeit auszusprechen. Bei dieser Gelegenheit dürfen wir nicht vergessen, daß unser scheidender Finanzminister Dr. Reinhold uns die wesentlichsten Dienste in der schwierigsten Zeit unseres Volkes und Landes geleistet hat. Wir sprechen ihm auch unsere herzlichsten Wünsche für sein neues Amt aus und erwarten von ihm, daß er das, was er heute hier gesagt hat, auch in seinem neuen Amte befolgen wird, daß er insbesondere auch bei seiner Tätigkeit in Berlin Sachsen nicht vergessen wird, denn der sächsische Staat ist, wie er recht wohl weiß, sehr abhängig vom Reiche. Ich bitte Sie, Herr Finanzminister Dr. Reinhold, vergessen Sie Ihr bisheriges Wirksamkeit nicht und nehmen Sie nochmals unsere herzlichsten Wünsche für ihr neues Amt entgegen.

Dann wurde noch ein kommunikativer Antrag, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der kommunikativen Antrag auf Auflösung des Landtages zu setzen, gegen die Stimmen der Kommunisten und Linksozialisten abgelehnt.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 27. Januar vormittags 11 Uhr statt. In diesem und am folgenden Tage findet die Aussprache über den Staatshaushaltsplan statt. Dem neuen Finanzminister wird es obliegen, den von seinem Vorgänger vorgelegten Etat vor dem Landtage zu vertreten.

### Die demokratische Fraktion und die Nachfolge Dr. Reinholds.

Mit der Nachfolgerschaft Dr. Dehnes als sächsischer Finanzminister hat sich in den Abendstunden des Mittwoch die demokratische Fraktion beschäftigt, die geschlossen ihre Zustimmung dazu gab, daß Dr. Dehne diesen Posten übernimmt.

preussische Regierungsfrage ins Rollen zu bringen. Das Zentrum will jedoch seine Stellungnahme in Preußen von dem Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber dem neuen Kabinett Luther abhängig machen.

### Rätelraten um den Reichspressechef.

Berlin. Ein Blatt behauptet, daß der Reichspressechef Dr. Riep von seinem Posten zurücktreten werde und daß er durch den Vorsitzenden des Deutschen Schulbundes, Dr. v. Loeb, ersetzt werden sollte. In einem Rundbrief des Dr. Riep wegen des Regierungswechsels liegt natürlich kein Grund vor, da ja Dr. Luther und Dr. Stresemann, deren Vertrauensmann er bisher gewesen ist, in der Regierung verbleiben. Es ist möglich, daß Dr. Riep auf persönlichen Wunsch hin in absehbarer Zeit eine anderweitige Verwendung findet, etwa im diplomatischen Aufendienst, aber an eine Ernennung des Herrn v. Loeb zum Chef der Reichspressestelle ist nicht gedacht. Diese Angabe ist zuerst in französischen Blättern aufgetaucht. Sie stellt nichts weiter als eine halblöbliche Kombination dar.

### Ministervorstellung beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Antiprimum) Der Reichspräsident hat sich heute mittag die neuen Kabinettsmitglieder, die er persönlich noch nicht kannte, vorstellen lassen. Um 12 Uhr war der Reichsinnenminister Dr. Kälig und um 12 Uhr der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold geladen.